

Fraktion **direkt**

71 | 18. Januar 2013

Zur Lage

Das Jahr hat mit guten Botschaften begonnen Auf dem Weg zu dauerhaft soliden Finanzen

Wir haben es immer wieder betont: Die Sanierung der Haushalte ist eine der wichtigsten Aufgaben der christlich-liberalen Koalition. In diesen Tagen erreichte uns nun die Nachricht, dass wir einen großen Schritt auf dem langen Weg zu dauerhaft soliden Finanzen vorangekommen sind. Der Bund hat 2012 zum ersten Mal die Vorgabe der neuen Schuldenbremse aus dem Grundgesetz eingehalten – vier Jahre früher als geplant. Alle öffentlichen Haushalte – also die der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen eingeschlossen – dürften sogar mit einem leichten Plus abgeschlossen haben.

Es kommt auf die richtige Politik an

Nun sagen wieder einige, dass dies keine besondere Leistung sei, weil die gute Wirtschaftslage in Deutschland das Fundament dafür geschaffen habe. Da kann man nur sagen: Ja, natürlich ist dieses Resultat eine Gesamtleistung aller Bürger, die jeden Tag hart arbeiten und dafür sorgen, dass Deutschland ökonomisch so gut dasteht. Die Bürger haben dazu beigetragen, dass die öffentlichen Kassen wieder gut gefüllt sind. Allerdings hat die Konsolidierung auch viel damit zu tun, dass die Politik der christlich-liberalen Koalition richtig ist. Schauen wir doch nur, was SPD und Grüne – von der Linkspartei mal ganz abgesehen – im Wahlkampf alles fordern und was das kostet.

Ein Online-Magazin hat die Gegenfinanzierung der Wahlversprechen der SPD und ihres Spitzenkandidaten Peer Steinbrück vor kurzem einmal überprüft. Das Ergebnis war für die SPD niederschmetternd: „Den Satz, man wolle ‚Schulden abbauen‘, um ‚nachfolgende Generationen zu entlasten‘ sollte die SPD aus ihren Leitlinien streichen“, hieß es in dem Beitrag. „Das Gegenteil ist nun der Fall.“

Es kommt also sehr wohl darauf an, wer die Politik bestimmt, damit die nächsten Generationen nicht auf Schuldenbergen sitzen, damit wir auch in Europa mit unserer Forderung nach soliden Finanzen glaubwürdig bleiben. Politik muss auch die Kraft haben, einmal Nein zu sagen, wenn neue Ausgabenwünsche formuliert werden – so sehr



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

man einige Ziele auch nachvollziehen kann. Die Kunst besteht darin, einen vernünftigen Interessenausgleich hinzubekommen.

Unser Land muss auf der Höhe der Zeit bleiben

In der Geschichte der Bundesrepublik war es vor allem die Union, die dies geschafft hat: Solide wirtschaften und gleichzeitig dafür sorgen, dass unser Land immer auf der Höhe der Zeit bleibt, das hat immer unsere Politik ausgezeichnet. Gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin werden wir als Bundestagsfraktion die verbleibenden Monate bis zur Bundestagswahl in diesem Sinne gestalten. So werden wir die Grundlage dafür schaffen, dass uns die Bürger im September wieder das Vertrauen aussprechen.

Volker Kauder

Inhalt

Das Jahr hat mit guten Botschaften begonnen	1
Klare Konsequenzen aus der Krise	2
Parlamente Deutschlands und Frankreichs wollen enger zusammenarbeiten	3
„Deutschland und Frankreich müssen Europa zusammenhalten“	4
Deutschland weiter auf Wachstumskurs	5
Deutsche Berufsbildung beispielhaft	6
Opposition gönnt Bürgern keine Steuerentlastung	7
SPD-Steuerpläne widersprüchlich und schädlich	7
Ärztliche Zwangsbehandlung nur als Ausnahme	8
Vormarsch der Islamisten in Mali stoppen	8
Internet – auf dem Weg zum Leitmedium	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Klare Konsequenzen aus der Krise

Koalition ist Vorreiter bei der Finanzmarktregulierung



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Seit fast drei Jahren kämpfen wir jetzt im Euro-Raum und der Europäischen Union gemeinsam gegen die Folgen der Staatsschuldenkrise. Über die Ursachen besteht Einigkeit: Neben der unzureichenden Regulierung des Bankensektors sind dies vor allem ausufernde Staatsschulden und mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten. Und genau diese Quellen des Übels gehen wir in der schwarz-gelben Koalition mit unseren Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, mit den wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen und mit unseren Forderungen nach europapolitischen Neuerungen an.

Erfolge bei Regulierung und Verbraucherschutz

Inzwischen haben wir – unter anderem durch den Fiskalvertrag – strengere haushaltspolitische Vorgaben für die Euro-Staaten. Die Hilfsprogramme für Griechenland, Irland und Portugal enthalten strikte Sparvorgaben und zeigen erste konkrete Erfolge. IWF-Chefin Christine Lagarde hat Griechenland in dieser Woche „bewundernswerte“ Sparerfolge bescheinigt. Außerdem setzen wir uns für eine vertiefte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und damit für mehr Wettbewerbsfähigkeit in allen Euro-Staaten ein.

Auch die Regulierung der Finanzmärkte geht weiter. Hier haben wir viel erreicht. Zahlreiche Neuregelungen sind bereits in Kraft getreten oder stehen kurz bevor. Deutschland hat in den letzten Jahren oftmals eine Vorreiterrolle übernommen. Wir wollen – und dafür setzt sich die Bundesregierung auch international ein – das Finanzsystem sicherer und transparenter machen. Kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt weltweit soll künftig ohne angemessene Regeln und Aufsicht sein.

In Deutschland und Europa haben wir einen Großteil unserer Vorhaben schon abgearbeitet: Hedgefonds, Ratingagenturen oder der Derivatehandel unterliegen zum Beispiel neuen Aufsichtspflichten. Die Eigenkapitalvorschriften für Banken, die Regeln für Vergütungssysteme für Bankmanager wurden verschärft; die deutsche und europäische Finanzaufsicht wurden gestärkt. Die Bundesregierung hat – unter lautstarkem Protest aus der Opposition – als erstes europäisches Land ungedeckte Leerverkäufe von EU-Staatsanleihen und Aktien verboten und so eine wesentliche Gefahrenquelle neutralisiert. Wir haben ein Restrukturierungsgesetz für Banken geschaffen. Ähnliche europäische Regelungen sind in Arbeit. Und auch die Verbraucher werden nun besser geschützt, zum Beispiel durch eine auf 100.000 Euro erhöhte Einlagensicherung und neue Anforderungen an die Anlageberatung.

Die Euro-Zone und die gesamte EU müssen weiter krisenfest gemacht werden. Der nächste Schritt ist die Bankenunion. Mit allen Kräften arbeiten wir daher an einer effizienten und durchsetzungsstarken europäischen Bankenaufsicht, die ab 2014 bei der EZB ihre Arbeit aufnehmen soll.

Parlamente Deutschlands und Frankreichs wollen enger zusammenarbeiten

Debatte im Bundestag zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags

Der Deutsche Bundestag und die französische Assemblée Nationale wollen anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages ihre Zusammenarbeit vertiefen. Auf einer Sitzung im Berliner Reichstag am kommenden Dienstag wollen die Abgeordneten beider Parlamente eine gemeinsame Erklärung annehmen.

Der Bundestag debattierte bereits am vergangenen Mittwoch über die Bedeutung des Elysée-Vertrages, den Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Präsident Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 im Pariser Elysée-Palast unterzeichneten. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff, würdigte in der Debatte die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft für die Einigung Europas.

Schockenhoff erinnerte daran, welchen Mut es brauchte, damit Frankreich und Deutschland wenige Jahre



Der Elysée-Vertrag im Original

Foto: Michael Urban/dp/dapd

nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder aufeinander zuzugingen. Für die Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit beider Länder stehe symbolisch der Elysée-Vertrag, sagte Schockenhoff. „Es gibt auf der Welt kaum zwei Staaten, die so enge Beziehungen pflegen wie Deutschland und Frankreich“, betonte der CSU-Abgeordnete Thomas Silberhorn.

Silberhorn nannte Deutschland und Frankreich die „Triebfeder“ der europäischen Integration. Der enge Schulterschluss sei aber nie als Bevormundung der anderen EU-Mitglieder gemeint gewesen, sondern als Einladung zur Zu-

sammenarbeit an alle. Die Europäische Union hatte 2012 den Friedensnobelpreis für die Verbreitung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa erhalten. Dieser Friedensnobelpreis gelte posthum auch Adenauer und de Gaulle, sagte der Vorsitzende des Europa-Ausschusses, Gunther Krichbaum. Krichbaum nannte die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich auch als Modell für

die Balkan-Staaten nach den Konflikten in den 90er Jahren.

Deutsch-französisches Jugendwerk beispielhaft

Schockenhoff hob als besondere Errungenschaften der Aussöhnung das deutsch-französische Jugendwerk und das gemeinsame deutsch-französische Geschichtsbuch für die Oberstufe hervor. Es sei weltweit einzigartig, dass zwei Staaten inhaltlich identische Lehrbücher herausbringen, in denen sie auch die Sicht des jeweils anderen darstellten. Das deutsch-französische Jugendwerk hat seit 1963 rund acht Millionen jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an rund 300.000 Austauschprogrammen ermöglicht.

„Es bleibt noch viel zu tun“, sagte Schockenhoff auch mit Blick auf die unterschiedlichen Vorstellungen Deutschlands und Frankreichs zur Überwindung der europäischen Schuldenkrise. Als starke Wirtschaftsnationen müssten beide Länder aber zusammenkommen und ihrer Verantwortung für das Bestehen Europas im globalen Wettbewerb gerecht werden, sagte er. Das gelte nicht nur für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch für den Bereich der Sicherheitspolitik.

Gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages und der Assemblée Nationale

Anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages wollen die Abgeordneten von Bundestag und Assemblée Nationale eine gemeinsame Erklärung annehmen. In ihr rufen sie dazu auf, „die deutsch-französische Zusammenarbeit auch und gerade in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen für ein weiteres und tieferes Zusammenwachsen der Europäischen Union sowie ihre stärkere demokratische Verankerung zu nutzen“. Dieses Zusammenwachsen dürfe nicht auf Wirtschafts- und Währungsfragen reduziert werden, sondern müsse vor allem der Jugend in Europa eine neue Perspektive für Bildung, Beschäftigung und Wachstum geben.

Zu diesem Zweck solle vor allem die Kooperation beider Parlamente weiter vertieft werden. Vorgesehen sind unter anderem regelmäßige Treffen der Präsidien, der Ausschüsse für auswärtige und europäische Angelegenheiten, von Fachausschüssen und Parlamentariergruppen zu Fragen gemeinsamen Interesses und Themen der europäischen Agenda. Zu besonders wichtigen Themen wie der Energiewende sollen gemeinsame Arbeitsgruppen gebildet werden. Im Falle von EU-Beitrittsverhandlungen sollen die zuständigen Ausschüsse beider Parlamente gemeinsame Stellungnahmen erarbeiten.

„Deutschland und Frankreich müssen Europa zusammenhalten“

Andreas Schockenhoff über 50 Jahre Elysée-Vertrag und die Freundschaft der Nachbarländer

Foto: Laurence Chaperon



Andreas Schockenhoff
Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle im Pariser Elysée-Palast den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Das auch als Elysée-Vertrag bezeichnete Dokument verpflichtet Deutschland und Frankreich zu Konsultationen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik. Über die Bedeutung des Vertrags sprach „Fraktion direkt“ mit dem Vorsitzenden der deutsch-französischen Parlamentariergruppe und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andreas Schockenhoff.

Herr Schockenhoff, welche Bedeutung hatte die Schließung des Vertrages damals?

Schockenhoff: Es war eine ganz wichtige Vereinbarung für die deutsch-französische Aussöhnung. Besonders möchte ich daran erinnern, dass der französische Außenminister Robert Schuman großen politischen Mut bewies, als er am 9. Mai 1950 seinen Plan zur Montan-Union vorstellte und damit den Franzosen bereits fünf Jahre nach Kriegsende zutraute, eine gleichberechtigte Partnerschaft mit

der jungen, machtlosen Bundesrepublik einzugehen. Er hat damit den Grundstein gelegt zu der Freundschaft, die nunmehr unsere Länder so eng miteinander verbindet.

Heute – 50 Jahre später – ist die deutsch-französische Freundschaft selbstverständlich geworden. Welche neuen Impulse planen Sie?

Schockenhoff: Um die Schuldenkrise in der EU auf Dauer zu überwinden, müssen wir die unterschiedlichen

Auffassungen im Wirtschaftsdenken annähern - mit dem Ziel eines modernen, global wettbewerbsfähigen Wirtschafts – und Gesellschaftsmodells. Gerade wegen seiner noch sehr unterschiedlichen Auffassungen in wesentlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen steht das deutsch-französische Paar vor einer besonderen Bewährungsprobe: Deutschland und Frankreich müssen in diesen Fragen noch näher zusammenkommen, um Europa zusammenzuhalten.

„Für viele Franzosen hat Deutschland Modellcharakter“

Das gilt auch für die europäische Sicherheitspolitik. Angesichts der in den EU-Ländern bestehenden unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen brauchen wir vor allem zwischen unseren beiden Ländern eine strategische Diskussion über die Frage, was die EU mit ihren zivilen und militärischen Missionen erreichen soll und auf welche geografischen Herausfor-

derungen sie sich besonders ausrichten sollte.

Ohne den deutsch-französischen Motor kommt die Europäische Union nicht voran. Ist der Eindruck richtig, dass der Motor in jüngster Zeit ins Stottern geraten ist?

Schockenhoff: Es ist in den letzten 50 Jahren nichts Ungewöhnliches gewesen, dass beide Seiten nicht immer an einem Strang gezogen haben – insbesondere nach Regierungswechseln. Aber beide wissen, dass sie zusammenkommen müssen. Hierbei können wir Parlamentarier hilfreich sein. Deshalb begrüße ich sehr, dass mit der gemeinsamen Erklärung von Bundestag und Assemblée Nationale die Zusammenarbeit unserer beiden Parlamente deutlich vertieft werden soll. Wenn wir Abgeordneten uns in den wichtigen Fragen der europäischen Politik regelmäßig abstimmen, dann wird dies tiefer gehen und ein besseres Verständnis für die Position der anderen Seite schaffen, als wenn dies allein von den Regierungen geleistet werden muss.

Wie wichtig ist die deutsch-französische Freundschaft für die Menschen in beiden Ländern heute?

Schockenhoff: Die Menschen definieren heute die deutsch-französischen Beziehungen mehrheitlich nicht mehr rückwärtsgewandt, sondern vor allem gegenwarts- und zukunftsorientiert. Auf beiden Seiten besteht der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit – insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeitsmigration, Energie und Umweltschutz. Und Deutschland hat in den Augen der Franzosen stark an Attraktivität gewonnen, über die Hälfte der Franzosen würde gern in Deutschland leben und arbeiten, ein großer Teil von ihnen spricht unserem Land sogar Modellcharakter zu.

Deutschland weiter auf Wachstumskurs

Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht – Stabilitätsanker in Europa

Auch 2013 bleibt die deutsche Volkswirtschaft voraussichtlich auf Wachstumskurs und damit der Stabilitätsanker in Europa. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,4 Prozent. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler stellte am Donnerstag in einer Regierungserklärung den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung im Bundestag vor.

„Es ist kein Zufall, dass Deutschland europaweit am besten durch die Krise gekommen ist“, sagte er. Die gute wirtschaftliche Entwicklung sei nicht nur ein Verdienst der Menschen, sondern auch der Politik der Bundesregierung und der christlich-liberalen Koalition.

Der Minister bekräftigte den Kurs der Regierung, weiter gegen die Schuldenkrise im Euro-Raum anzukämpfen. „Wir müssen und werden die Währung stabilisieren, und wir sind auf gutem Weg dazu“, sagte der Minister.

Über 1.000 neue Arbeitsplätze jeden Tag

Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Michael Fuchs sagte in der Debatte: „Deutschland geht es gut. Diese Koalition hat erfolgreich dazu beigetragen, dass die Wirtschaftsleistung steigt.“ Allein der Wachstumszuwachs in Deutschland in den letzten drei Jahren sei so groß wie das gesamte Bruttosozialprodukt von Hongkong, Singapur oder Finnland, rechnete Fuchs vor. Die Zahl der Erwerbstätigen sei so hoch wie noch nie. Durchschnittlich seien jeden Tag über 1.000 Menschen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon seien über 500 Arbeitsplätze in der Industrie angesiedelt. Er wies die Behauptung der Opposition zurück, das Wachstum beruhe auf der Zunahme von Jobs im Niedriglohnsektor. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die deutsche Industrie prekäre Arbeits-



Foto: Oliver Lang/dapd

Der Jahreswirtschaftsbericht umfasst 117 Seiten

verhältnisse schafft“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Die CDU-Abgeordnete Nadine Schön hob hervor, dass die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land so gering wie in keinem anderen europäischen Land sei: „Die meisten jungen Menschen in Deutschland haben einen Job.“ Sie könnten sich ihre Wünf-

sche und Träume mit ihrem eigenen Geld erfüllen. Schön stellte auch fest, dass noch nie so viel in Bildung und Forschung investiert worden sei wie derzeit. Die Opposition male jedoch ein Bild, das „rabenschwärzer nicht mehr sein könnte“. Solche Horrorszenerarien hätten nichts mit der Realität zu tun.

Jahreswirtschaftsbericht

Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 0,4 Prozent wachsen – und damit 0,3 Prozentpunkte weniger als 2012. Diese Prognose entstammt dem von der Bundesregierung veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht 2013. Danach wird die konjunkturelle Dynamik vor allem von der Binnennachfrage getragen. Private Konsumausgaben und private Wohnungsbauinvestitionen spielen eine entscheidende Rolle.

2012 wurde laut Bericht ein Beschäftigungsrekord erreicht: 41,6 Millionen Menschen waren erwerbstätig. Die Bundesregierung erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2013 noch einmal um 15.000 Personen zunimmt. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Es wird mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 Prozent gerechnet. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist nicht nur auf die gute konjunkturelle Lage zurückzuführen, sondern auch auf die Arbeitsmarktreformen und moderaten Lohnabschlüsse.

Die Bundesregierung hält an ihrem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs fest. Bürger und Unternehmen werden in diesem Jahr um insgesamt annähernd acht Milliarden Euro entlastet. Für 2014 will die Bundesregierung einen Haushalt ohne strukturelles Defizit aufstellen. Das Ziel der Schuldenbremse – ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35 Prozent des BIP – hält die Bundesregierung bereits 2012 ein, also vier Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben.

Deutsche Berufsbildung beispielhaft

Duale Ausbildung findet international Anklang – Rezept gegen Jugendarbeitslosigkeit

Während die beruflichen Perspektiven für junge Menschen in vielen europäischen Ländern eher schlecht sind, glänzt Deutschland mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Als Hauptgrund dafür gilt das traditionelle berufliche Ausbildungssystem. Nie war dessen Stellenwert bei internationalen Organisationen wie der OECD höher, nie strebten mehr Staaten die Einführung von Elementen des deutschen Systems an. Wie das deutsche Berufsbildungssystem fortentwickelt werden soll, darüber debattierte der Bundestag am Donnerstag.

Das deutsche Berufsbildungssystem hat eine Reihe von Vorteilen. Wie kein anderes vermittelt es Handlungskompetenz im Beruf. Wer schon im Betrieb gelernt und eigene Beiträge zum Arbeitsablauf geleistet hat, kann anschließend leichter eine verantwortliche Tätigkeit übernehmen. Außerdem werden mit einer betrieblichen Ausbildung auch schulmüde Jugendliche erreicht. Viele Auszubildende erzielen trotz schwacher Schulabschlüsse am Ende beachtliche Berufsabschlüsse.

Eine Herausforderung für das System ist allerdings der Umstand, dass in Deutschland immer weniger junge



© ehrenberg-bilder - Fotolia.com

Menschen eine betriebliche Ausbildung anstreben. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2012/2013 gab es zum fünften Mal in Folge mehr freie Ausbildungsplätze als unversorgte Bewerber. Auf jeden unversorgten Bewerber entfielen rechnerisch zwei freie Ausbildungsplätze. Hauptgründe sind der demografisch bedingte Rückgang der Schulabgängerzahlen und der Trend zum Studium.

Es liegt daher nahe, ausbildungswillige Jugendliche aus Ländern wie Spanien, Portugal oder Griechenland nach Deutschland zu holen. Aller-

dings sind die Erfolge nicht zuletzt wegen der Sprachbarriere noch gering.

Berufliche und akademische Ausbildung verknüpfen

Erfolgversprechender dürfte aus Sicht von CDU und CSU hingegen die Verknüpfung von beruflicher und akademischer Bildung sein. Nach einer aktuellen Schweizer Studie führt nicht etwa der rein akademische Bildungsweg zum höchsten Einkommen, sondern ein gemischter Pfad mit beruflicher und akademischer Bildung. So hat in der Schweiz ein Absolvent einer Berufslehre, der später einen Hochschulabschluss erwirbt, ein um 32 Prozent höheres Einkommen als ein Universitätsabsolvent ohne berufliche Ausbildung. Für Deutschland dürfte Ähnliches gelten.

Absolventen mit Abschlüssen beider Systeme verfügen neben dem akademisch erworbenen Fachwissen zusätzlich über berufliche Handlungskompetenz. Diese Kombination ist bei Arbeitgebern gefragt. Daher gewinnt das Modell des dualen Studiums in Deutschland mehr und mehr an Bedeutung. Die Zahl der dual Studierenden steigt kontinuierlich. Diesen Trend unterstützen CDU und CSU nachdrücklich.

Exportschlager duale Ausbildung

Sechs EU-Länder wollen künftig bei der Reform ihrer Ausbildungssysteme eng mit Deutschland zusammenarbeiten. Auf Einladung von Bundesbildungsministerin Annette Schavan haben Deutschland, Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland unter Beteiligung der Europäischen Kommission im Dezember 2012 in Berlin ein Memorandum unterzeichnet. Es enthält zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Einführung eines Systems der beruflichen Bildung nach deutschem Vorbild. Ziel ist, dass 80 Prozent aller jungen Menschen bis 2020 in der EU Arbeit haben sollen. Derzeit liegt in EU-Staaten wie Griechenland und Spanien die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent, europaweit ist jeder Vierte unter 25 ohne Arbeit. Deutschland weist mit einer Quote von rund acht Prozent den EU-weit niedrigsten Stand auf, was auf sein eng mit der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt verzahntes duales Ausbildungssystem zurückgeführt wird.

Vereinbart sind Austauschmöglichkeiten für 30.000 Jugendliche, zum Beispiel in Form von Praktika und Ausbildungsphasen. In den Partnerländern werden 30 regionale Ausbildungnetzwerke geschaffen, sechs politische Beratungsprojekte werden aufgesetzt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt dafür 2013 und 2014 zusätzlich zehn Millionen Euro zur Verfügung, die durch Mittel der Partnerländer ergänzt werden.

Opposition gönnt Bürgern keine Steuerentlastung

Bundestag stimmt über Ergebnisse des Vermittlungsausschusses ab

Die von der christlich-liberalen Koalition geplante Entlastung der Bürger bei der Einkommensteuer ist an der Opposition gescheitert. Der Bundestag billigte am Donnerstag lediglich die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages auf 8.130 Euro in diesem und 8.354 Euro im nächsten Jahr, die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben ist. Sie tritt nun rückwirkend zum 1. Januar in Kraft. Die Abmilderung der kalten Progression, die die Lohnerhöhungen der Arbeitnehmer auffrisst, war hingegen bereits im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat an SPD und Grünen gescheitert. Damit wird deutlich, dass den Oppositionsparteien die steuerliche Entlastung

der Bürger nicht am Herzen liegt.

Das Steuerabkommen mit der Schweiz, das dem Fiskus zehn Milliarden Euro einbringen sollte, bleibt nach den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss ebenso auf der Strecke wie die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Zur Förderung der Gebäudesanierung legte die Bundesregierung als Kompensation ein neues Programm der Staatsbank KfW in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich auf. Damit wird gewährleistet, dass dieser wichtige Bestandteil der Energiewende umgesetzt wird.

Der Bundestag wies mit den Stimmen der Koalition außerdem ein unechtes Vermittlungsergebnis zum

Jahressteuergesetz zurück, das SPD und Grüne im Vermittlungsausschuss durchgesetzt hatten. Dort hatte die Opposition die steuerliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der Ehe in das Jahressteuergesetz hineingeschrieben. Erst im Dezember hatte sich die CDU auf ihrem Parteitag in Hannover klar gegen die steuerliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften ausgesprochen. Wichtige Elemente des Jahressteuergesetzes, das unter anderem die Förderung von Elektroautos oder die Besteuerung der Bezüge von Wehrpflichtigen umfasst, wird die Koalition nun erneut in den Bundestag einbringen.

SPD-Steuerpläne widersprüchlich und schädlich

Aktuelle Stunde im Bundestag

Im Wahlkampf droht die SPD den Bürgern mit massiven Steuererhöhungen. Ebenso wie die Union will sie zwar die Steuerhinterziehung bekämpfen, allerdings mit einem fragwürdigen Konzept. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag entlarvten Abgeordnete von CDU und CSU die Steuerpolitik der SPD als widersprüchlich und unglaubwürdig. Sie schade der Wirtschaft und belaste die Bürger, lautete der einhellige Tenor.

Im Falle eines Wahlsieges plant die SPD Steuererhöhungen mit einem jährlichen Volumen von 28 Milliarden Euro, rechnete der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuss des Bundestages, Hans Michelbach, vor. Gleichzeitig unterbinde die Opposition Steuererleichterungen für die Bürger, indem sie die von der Koalition geplante Abmilderung der kalten Progression verhindere, kritisierte er. Von einer „Steuererhöhungsorgie“ sprach der CDU-Finanzpolitiker Olav Gutting.



Der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Christian von Stetten, sagte: „Die Steuerpläne der SPD und des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück treffen den deutschen Mittelstand ins Mark.“ Mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer, der Ausweitung der Erbschaftsteuer und der Anhebung des Spitzensteuersatzes würden diejenigen bestraft, die maßgeblich dazu beigetragen hätten, dass Deutschland so gut durch die Krise gekommen ist: die Handwerksmeister und Kaufleute, die innovativen mittelständischen Unternehmen und die Familienbetriebe.

Mehr Bürokratie befürchtet

Die Pläne der SPD gegen Steuerhinterziehung kommen spät und passen nicht in ihr Gesamtkonzept, lautete die übereinstimmende Auffassung der Unionsabgeordneten. Meinte die SPD es ernst mit dem Kampf gegen Steuerhinterziehung, so hätte sie nicht das von der Regierung geplante Steuerabkommen mit der Schweiz blockiert und damit eine wirksame Verfolgung von Steuerflüchtlern verhindert, sagte Gutting. „Die rot-grüne Steuerpolitik passt vorne und hinten nicht zusammen“, meinte auch Michelbach.

Zuvor hatte bereits der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Meister die SPD-Pläne gegen Steuerhinterziehung als nicht zielführend bewertet. Sie führten zu einem bürokratischen Mehraufwand und belasteten letztendlich eher die ehrlichen Steuerzahler, sagte er.

Ärztliche Zwangsbehandlung nur als Ausnahme

Bundestag schließt Lücke im Betreuungsrecht

Psychisch Kranke dürfen nur in Ausnahmefällen gegen ihren Willen ärztlich behandelt werden. Ein entsprechendes Gesetz verabschiedete der Bundestag nach intensiven Beratungen am Donnerstag. Damit wird im Betreuungsrecht eine Lücke geschlossen, die nach Entscheidungen des Bundesgerichtshofs im vergangenen Jahr entstanden ist.

Konkret geht es um die ärztliche Behandlung eines Betreuten, der aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit einer Behandlung nicht erkennen kann oder sie ablehnt. Eine solche Behandlung gegen den Willen des Betroffene-

nen soll ausschließlich im Rahmen einer Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung erfolgen. Sie soll nur dann möglich sein, wenn sie zwingend erforderlich ist, um schwerwiegende Gesundheitsschäden abzuwenden.

Gesprächsmöglichkeiten ausschöpfen

Das Gesetz orientiert sich eng an verfassungsrechtlichen Vorgaben. So müssen alle mildereren Möglichkeiten ausgeschöpft sein, bevor eine Zwangsbehandlung angeordnet werden darf. Zudem muss zuvor ernsthaft und mit dem nötigen Zeitaufwand versucht

werden, den Betroffenen von der Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme zu überzeugen.

Mit dem Gesetz werden zudem die Verfahrensrechte des Betroffenen gestärkt. Jede Einwilligung des Betreuers in eine ärztliche Behandlung bedarf einer ausdrücklichen gerichtlichen Genehmigung. Für den Betreuten wird dabei stets ein Verfahrenspfleger bestellt, der seine Rechte vor Gericht wahrnimmt. Das Gericht muss zudem den Betroffenen persönlich anhören und sich einen unmittelbaren Eindruck von ihm verschaffen. Es muss schließlich ein ärztliches Gutachten über die Notwendigkeit der Behandlung einholen.

Die Fraktion und die Welt

Vormarsch der Islamisten in Mali stoppen

Unionsfraktion begrüßt Einsatz Frankreichs

Seit mehr als einer Woche kämpft Frankreich mit militärischen Kräften gegen die islamistischen Extremisten im Norden Malis. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat ein vitales Interesse daran, dass der Südrand der Sahara nicht zu einem Rückzugsgebiet für Terroristen wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt daher den französischen Militäreinsatz.

Es ist richtig, zügig gegen den Vormarsch der islamistischen Kämpfer in den Süden des Landes vorzugehen. Nur wenn die Islamisten aufgehalten werden, kann überhaupt wieder ein politischer Prozess in Gang kommen. Ein weiteres Vordringen dieser Kräfte in die Nähe der Hauptstadt Bamako würde der Ausbreitung des radikalen Islamismus in der ganzen Region Vorschub leisten.

Die Sicherheit Europas ist jetzt schon durch den Zerfall der staatlichen Ordnung im Norden Malis und in der Sahara betroffen. Die wachsen-

de organisierte Kriminalität begünstigt Drogen- und Menschenhandel in Richtung Europa.

Der Einsatz Frankreichs ist völkerrechtlich gedeckt: Die malische Regierung hat offiziell um militärische Unterstützung gebeten. Bereits im Dezember hatte der UN-Sicherheitsrat eine militärische Unterstützungsmission für Mali genehmigt.

Schnelles Handeln erforderlich

Deutschland sollte daher nach Auffassung der Unionsfraktion die Bemühungen Frankreichs, Malis und der westafrikanischen Regionalgemeinschaft ECOWAS nach Kräften – zumindest logistisch – unterstützen, um die Stabilität in dem armen afrikanischen Land wieder herzustellen. Wenn verhindert werden soll, dass terroristische Gruppen ein riesiges Rückzugsgebiet erhalten, muss schnell gehandelt werden.

Langfristig muss die malische Regierung in die Lage versetzt werden, die Nordhälfte des Landes eigenständig zu kontrollieren. Die EU muss deshalb nun zügig ihre bereits geplante zivile Mission zur Ausbildung und Befähigung der malischen Streitkräfte beginnen.



Französische Soldaten im Landesinnern von Mali

Internet – auf dem Weg zum Leitmedium

Der technische Wandel als Herausforderung für die Medien – Fachgespräch in zwei Bundestagsausschüssen

In unserer Gesellschaft kommt dem Internet immer mehr Bedeutung zu. Bedingt durch den technischen Wandel und die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt verändert sich die Art und Weise der Kommunikation. Im Rahmen eines Fachgesprächs setzten sich Experten und Abgeordnete des Bundestages in dieser Woche mit veränderten Mediengewohnheiten im Zuge der Digitalisierung auseinander.

Zeitungssterben – Reichweite von gedruckten Zeitungen geht zurück

In Deutschland wurden in jüngster Zeit eine Reihe von Redaktionen geschlossen oder verkleinert – ein Phänomen, das als Zeitungssterben tituliert wird. In den letzten Jahrzehnten ist die Reichweite der gedruckten Zeitungen kontinuierlich zurückgegangen. Typische Zeitungsmerkmale wie feste Erscheinungstermine und gebündelte Angebote lösen sich mit der Digitalisierung auf. Jedermann kann sich seine Zeitungsausgabe selbst zusammenstellen.

Internet-Nutzung stark unterschiedlich

Im Unterschied zu den meisten anderen Medien sind die Nutzungsmöglichkeiten im Internet sehr vielfältig. Nach Ansicht der Experten kann man angesichts der unterschiedlichen Nutzung nicht von „dem Internet“ sprechen. Rund 17 Millionen Menschen nutzten überhaupt keine Angebote im Internet. Die Gründe für die Netzabstinnenz seien mangelnde Computerkompetenz sowie zu hohe Kosten bei der Anschaffung der neuen Technologien. Zudem machten nur wenig mehr als die Hälfte der Internetnutzer von sozialen Netzwerken Gebrauch.

Konzentriert man sich besonders auf die Zielgruppe der 14- bis 29-jährigen, so fällt auf, dass sowohl Internet und Fernsehen als auch Printmedien für die Informationsbeschaffung genutzt werden – je nachdem, welches Medium sich gerade besser eignet. Besonders interessant scheint in diesem Zusammenhang, dass die Mehrheit in dieser Altersgruppe immer noch auf das Fernsehen als primäre Informationsquelle für ihre politische Meinungsbildung zurückgreift.

Der CDU-Berichterstatte Thomas Feist unterstrich, dass ein neues Medium die vorhandenen nicht vollständig ersetze. Technologie, Gesellschaft und Politik seien in der Medienpolitik auf besondere Weise miteinander verknüpft.

Insgesamt zeigte sich im Rahmen der Debatte, dass die Politik aufgrund der steigenden Internetnutzung in der Zukunft noch einige Herausforderungen zu meistern hat. So gilt es auch dort die Meinungsvielfalt sicherzustellen und zu klären, ob und wie bestehende Regulierungen auf das Internet übertragen werden können.

Das Video des Fachgesprächs finden Sie unter:

<http://dbtg.tv/cvid/2121381>



© pizutti/pics - Fotolia.com

Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag hat Trends der Mediennutzung in einem Bericht unter die Lupe genommen. Offen bleibt nach Ansicht der Experten, ob das Fernsehen heute noch Leitmedium ist oder ob das Internet es als solches inzwischen abgelöst hat.

Ein wichtiger Aspekt in der Debatte über Leitmedien ist die Frage der Reichweite und Nutzungsdauer. Das Fernsehen erreicht zwar nach wie vor die meisten Menschen, in der jüngsten Altersgruppe übersteigt mittlerweile die Internetnutzungsdauer die Fernsehdauer. Dennoch ist das Fernsehen unverändert das bevorzugte Medium.

Experten gehen davon aus, dass das klassische, lineare Fernsehen seine Spitzenposition verlieren und das Internet an Relevanz gewinnen werde.



© M. Rosenwirth - Fotolia.com

Deutsche Wirtschaft trotz der Krise

Exporte stabil

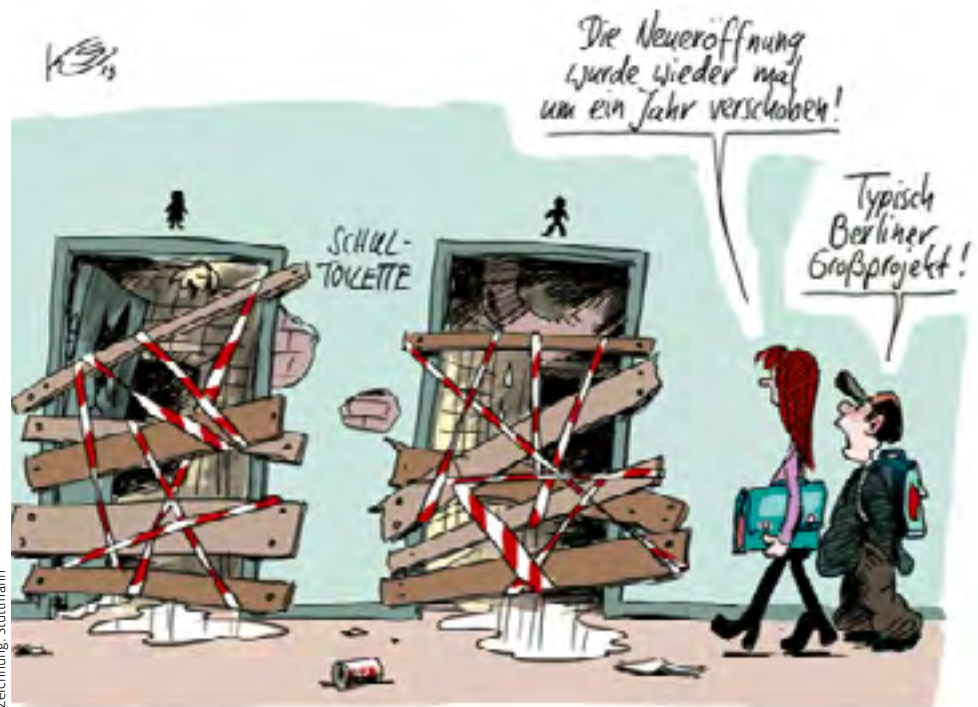
Wiesbaden – 2012 hat Deutschland trotz der anhaltenden europäischen Wirtschaftskrise ein leichtes Wachstum verzeichnet. Erste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ergaben einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zwar fällt das Wachstum im Verhältnis zu den Jahren 2011 und 2010 geringer aus. Doch ist dies vor dem Hintergrund der anhaltenden Rezession in Europa als Erfolg für die deutsche Wirtschaft zu werten.

In der schwierigen außenwirtschaftlichen Lage erwies sich vor allem der Export als stabil. Insgesamt verbuchte Deutschland 2012 einen Anstieg der Exporte um 4,1 Prozent. Vergleichsweise gering fällt das Wachstum der Importe mit 2,3 Prozent aus. Der Außenbeitrag – also die Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – war im vergangenen Jahr einer der wichtigsten Wachstumsfaktoren und steuerte 1,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.

Binnentrends uneinheitlich

In der Binnennachfrage waren 2012 zwei unterschiedliche Trends zu beobachten. Zwar stieg der Konsum im Inland um 0,8 Prozent bei den privaten Verbrauchern und um 1,0 Prozent bei den staatlichen Akteuren. Die Investitionen lieferten jedoch keinen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum. Einige Investitionen, beispielsweise im Bereich Bau (-1,1 Prozent) und Ausrüstung (-4,4 Prozent), gingen stark zurück.

Charakteristisch für das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr ist eine Zweiteilung der Wirtschaft: Während in den Dienstleistungsbereichen die



Zeichnung: Sturmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 22. Januar 2013 Festveranstaltung französische Assemblée Nationale und Deutscher Bundestag zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages
- 30. Januar 2013 Gedenkveranstaltung im Plenarsaal für die Opfer des Nationalsozialismus
- 30. Januar 2013 Kongress Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt
- 20. Februar 2013 Netzpolitischer Kongress

preisbereinigte Bruttowertschöpfung gegenüber 2011 teils kräftig zulegte, rutschten sowohl das produzierende Gewerbe ohne Bau (-0,8 Prozent) als auch das Baugewerbe (-1,7 Prozent) ab.

Die Staatshaushalte waren im Jahr 2012 weiter auf Konsolidierungskurs: Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von

2,2 Milliarden Euro. Dabei reduzierte der Bund sein Defizit im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich, während die Gemeinden und vor allem die Sozialversicherungen wie schon im Jahr 2011 einen kräftigen Überschuss erwirtschafteten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt errechnet sich daraus für den Staat eine Überschussquote von 0,1 Prozent. Damit kann der Staat für 2012 erstmals seit 2007 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/ffd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt